

Symposium USA - Schweiz - Dritte Welt : was für eine Schweiz braucht die Dritte Welt?

Autor(en): **Holenstein, René / Hänsenberger, Urs**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **7 (1987)**

Heft 13

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652000>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Symposium USA — Schweiz — Dritte Welt

Was für eine Schweiz braucht die Dritte Welt?

Erstmals wieder seit einigen Jahren fand am 15./16. Mai 1987 in Fribourg ein entwicklungspolitisches Symposium mit einem breit gefächerten Themenspektrum statt. Initiiert und organisiert wurde es von der *Arbeitsgruppe Dialog Schweiz — Dritte Welt* mit Unterstützung von Personen aus Hilfswerken und Drittwelt-Solidaritätsorganisationen. Und rund 650 TeilnehmerInnen waren gekommen, um neben dem Hören der Hauptreferate diesen Ort zur Reflexion und zur Begegnungsmöglichkeit mit ähnlich und Gleichgesinnten aus entwicklungspolitischen, christlichen, grünen und linken Kreisen zu nutzen. In insgesamt 18 Ateliers diskutierten sie Themen, die von Schuldenkrise, Medienpolitik und Dritter Welt, Fluchtgeldproblematik, Multis über Kulturimperialismus, der Rolle der Schweiz in den internationalen Organisationen, Südafrika bis zur Frage „Was bedeutet Frauensolidarität?“ reichten. Aus organisatorischen und Platzgründen kann auf diese Diskussionen hier nicht eingegangen werden. Der Bericht beschränkt sich deshalb auf die Plenumsveranstaltungen, und hier insbesondere auf die Hauptreferate, da - und hier eine leise Kritik - die Diskussion eindeutig zu kurz kam.

Eingeladen waren als ausländische Rererenten *Noam Chomsky* und *Ernest Mandel*, aus der Schweiz *Ursula Brunner*, *Hansjörg Braunschweig* und *Hans-Ulrich Jost*. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung stand die Frage nach der hegemonialen Rolle der USA im globalen System und ihrer Krise sowie der Einordnung der schweizerischen Aussen(wirtschafts-)politik in das hegemoniale US-Dispositiv. Hierzu brachte vor allem H.U. Jost einige bisher wenig oder überhaupt nicht diskutierte Aspekte ein.

Sowohl Mandel wie Chomsky und Jost suchten die Entstehungsbedingungen des aktuellen imperialistischen Systems vor allem aus der spezifischen Konstellation der 40er Jahre der Nachkriegszeit heraus zu erklären.

E. Mandel, marxistischer Oekonom und Professor an der Freien Universität in Brüssel, sprach zur Verschuldung als einem strukturellen und weltweiten Problem. „Relativierend“ hielt er zunächst fest, dass von der globalen Aussenverschuldung von rund 7'000 Milliarden US-Dollar „nur“ 1'000 Milliarden oder 15% auf die Dritte Welt mit einem Bevölkerungsanteil von 60% (inkl. VR China) entfallen. Denn bereits die Nachkriegskonjunktur, welche die Privathaushalte, die Unternehmen und die öffentlichen Haushalte einschloss und hauptverantwortlich für die Inflation Ende 40er und in den 60er Jahren war, basierte auf einem „Ozean von Schulden“. Gleichzeitig sollten damit die internen Widersprüche des Kapitalismus geglättet werden. Neben dem moralischen sei die Verschuldung inzwischen aber auch von einem technischen Gesichtspunkt aus „pervers“ geworden: Von einem wachstumsstimulierenden Faktor sei sie zu einer Bremse geworden (Stichwort: Krise 1974/75), die begleitet sei von einer Umkehr im soziopolitischen und kulturellen Bereich.

Als Folge der neoliberalen/neokonservativen Wende seien heute die relativen Verbesserungen im System der sozialen Sicherheit und die relative Solidarität mit den Aermsten, welche weiter reichen als in den USA, gefährdet und teilweise schon zerstört. Darüber hinaus werde die andauernde Arbeitslosigkeit zur Schwächung der organisierten Arbeiterbewegung benutzt. Weiter hob Man-

del hervor, dass seit Mitte der 70er Jahre vermehrt „unseriöse“ und spekulations-süchtige Bankleute die Verschuldungspirale angetrieben hätten. Dazu komme das Paradox, dass rund ein Drittel der Kredite an die Dritte Welt in Form von Fluchtgeldern „gestohlen“ (Marcos u.a.) werde, ein Drittel werde in unnützen Projekten verschwendet oder durch die Verschlechterung der terms of trade aufgefressen, und nur gerade ein Drittel habe der Stimulierung der Industrie in den Schwellenländern (Brasilien, Mexiko, Südkorea u.a.) gedient, deren Industrieexporte paradoxerweise zur negativen Handelsbilanz der USA beitragen würden.

Ein wesentliches Problem sah Mandel darin, dass angesichts der heutigen Stagnation der Weltwirtschaft jeder Gewinn des Einen notwendig einen Verlust der Anderen (sog. Nullsummenspiel) mit sich bringe. Eine Tilgung der Drittweltschulden erachtete er als unmoralisch und unrealistisch. Dabei woge ein komplizierter Kampf um die Überwälzung der Lasten der Schuldenkrise. Die Konsequenzen seien eine Verelendung in der Dritten Welt. So sei Mexikos Lohnniveau innerhalb zweier Jahre auf den Stand vor 40 Jahren zurückgefallen! Parallel zur Verschuldung der USA verlaufe ihr Hegemonieverlust, ohne dass ein Ersatz in Form einer neuen Führungsmacht existiere, welche ihrerseits den USA ihre Gesetze aufzwingen könnte. Wie in den dreissiger Jahren gebe es heute eine „Führungskrise“ der internationalen Bourgeoisie. Gegen eine Rückzahlung der Drittweltschulden müsste alle „emanzipatorischen Kräfte“, Christen und Marxisten zusammenstehen und sich mit den Befreiungsbewegungen solidarisieren.

Noam Chomsky, Professor am Massachusetts Institute of Technology (Cambridge, USA), einer der bedeutendsten Sprachwissenschaftler der Gegenwart, Kritiker des Vietnamkriegs und scharfer Analytiker des US-Neokonservatismus, sprach am Freitag zur *Krise des internationalen Systems* (vgl. dazu die Auszüge

in diesem Heft) und am Samstag zum *Right Turn* in den USA. Hier bildete ein Schwerpunkt der spezifische US-Demokratiediskurs (dazu Binswanger in *Widerspruch*, H. 9 und Hänsenberger in H. 10), welcher insbesondere auch die US-Aussenpolitik gegenüber Zentralamerika mitbestimme.

Die Politik der Reagan Administration komme einer Wende nach rechts gleich, welche sich nur bedingt mit dem herkömmlichen Konservatismus identifizieren lasse. Diese bestehe im wesentlichen aus drei Elementen: dem Ressourcentransfer von den Armen zu den Reichen (intern und extern), dem Wachstum des staatsökonomischen Sektors und der Staatsmacht im allgemeinen und einer „aktivistischen“ Aussenpolitik. Diese Wende werde v.a. von den Eliten getragen, während ihr — wie Umfragen gezeigt haben — die Bevölkerung mehrheitlich ablehnend gegenüberstehe. Dabei gründet das Demokratieverständnis der Eliten bewusst auf die politische Apathie der Massen. Zahlreiche Beispiele belegten, dass von einer „Krise der Demokratie“ immer im Zusammenhang mit einer erhöhten politischen Aktivität der Massen gesprochen wird. Eine mögliche Opposition werde meistens mit der geschürten Angst vor dem „Reich des Bösen“ (Kommunismus) neutralisiert oder — wie in Zentralamerika — direkt und indirekt mit Repression und militärischer Gewalt bekämpft. Unter „Demokratie“ verstünden die US-Strategen letztlich alles, was den USA nütze — eine Ansicht, die eine eigentliche Vorwegnahme der Breshnew-Doktrin sei.

Die Angst vor der echten Demokratie habe auch dort zu Interventionen geführt, wo die nationale Politik eines Drittweltlandes erhöhte Sozialausgaben mit sich brachte, da diese die wirtschaftlichen Eigeninteressen der USA untergraben. Die von den USA in diesem Zusammenhang⁷ entwickelten Techniken der sozialen und ideologischen Kontrolle seien im Kern nicht neu, würden seit Reagan aber rigoroser und fanatischer angewendet.

Hans-Ulrich Jost, Geschichtsprofessor an der Uni Lausanne, knüpfte mit seinem Thema *Die Aussenpolitik der Schweiz im Rahmen der Politik der USA* unmittelbar an Chomskys Ausführungen an. Die Grundsteine auch gegenwärtiger schweizerischer Aussenpolitik wurden, so führte er aus, in den Nachkriegsjahren gelegt. Jost trat damit der weitverbreiteten Meinung entgegen, nach der ein so kleines Land wie die Schweiz keine eigene Aussenpolitik haben könne. Die Jahre 1945/46 seien für unser Land so wichtig gewesen wie der Wienerkongress 1815, als der Schweiz die Neutralität zugestanden und damit die politisch-ideologische Basis für die ökonomische Entwicklung der Schweiz gelegt wurde. Trotz Unterschieden sei die Ausgangslage der Schweiz in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit derjenigen der USA vergleichbar: intakter Produktionsapparat, enorme Finanzreserven (trotz Kriegskosten), eine Produktionskapazität, die die inländische Nachfrage übersteigt, (psychologische) Erwartung einer Krise mit Arbeitslosigkeit und sozialen Konflikten.

Ähnlich waren auch die Entwicklungsvorstellungen. In den USA hielt der Geheimbericht Kennan (Feb. 1948) fest, dass die USA mit 6% der Weltbevölkerung über 50% des Weltreichtums verfügten. Dies sollte mit *allen* Mitteln aufrechterhalten werden (vgl. auch N. Chomsky in diesem Heft). Hierher gehörte bekanntlich der Marshallplan, der u.a. die Kaufkraft der europäischen Märkte für US-Exporte sicherstellen sollte. Man dachte aber auch an lateinamerikanische Exporte nach Europa, damit jene Länder Devisen für US-Importe erwirtschaften konnten. Der damals von der Schweiz mit Japan geschlossene Handelsvertrag habe erstaunlich dem Gegenstück USA-Japan geglichen.

Auf diesem Hintergrund zeigte Jost anhand der Metaphern von „Schild“ und „Schwert“ die Entwicklung der schweizerischen Aussenpolitik. Nach dem Krieg habe es für die Schweiz geheissen, ihr Image von den braunen Flecken zu reinigen: 1,2 Mrd. (nicht zurückbezahlt)

te) Franken habe sie zur Nazi-Kriegswirtschaft beigesteuert. Die Schweiz war 1945/46 weitgehend isoliert und gehörte aus US-Sicht zur Verliererseite (s. 1,2 Mrd.). Unter Max Petitpierre hiessen denn die neuen aussenpolitischen Direktiven „Neutralität“ und (neu) „Solidarität“. Doch sei diese Position immer zweideutig geblieben. Bezüglich der nachbarlichen Kredithilfen — eine Art „Helvetischer Marshallplan“ — wurde schon 1947 von offizieller Seite zur Zurückhaltung aufgerufen, um die Gewinninteressen der Schweizer Banken nicht zu konkurrieren! Das „Schild“, die schweizerische Diplomatie der „guten Dienste“ und die Neutralität diene, so Jost, der Abschirmung der Streiche des „Schwertes“, welches die (halbprivate) schweizerische Aussenwirtschaftspolitik symbolisieren soll. Hier habe immer das Motto „Solidarität und Profit“ gegolten. Zur Hauptsache werde das Schwert von der ständigen Delegation für Handelsbeziehungen und der Konsultativkommission für Handelspolitik (beide EVD) geführt, welche engstens mit der Wirtschaft verflochten sind.

Jost zeigte im Detail, wie sich die Schweiz für den von den USA dominierten europäischen Markt das Eintrittsbillet besorgte. Nach der Unterwerfung unter die Pax Americana (Mission Currie 1945: „The Swiss delegation capitulated today“) hat sie gemäss des „Abkommens von Washington“ nebst der Hälfte der deutschen Guthaben 250 Mio. Fr. in Gold als Eintrittspreis in die OECD und in das atlantische monetäre System bezahlt. Damit war die Stärke des Frankens gesichert, die Schweiz konnte vom Korea-Krieg profitieren usw. Vom Prinzip „Solidarität und Profit“ sei man zur rein „atlantischen Solidarität“ übergegangen. Bedienten sich die USA zur Durchsetzung ihrer Wirtschaftsinteressen im Ausland des Mittels der militärischen Stärke, so erfüllte für die militärisch unbedeutende Schweiz eine „Art moralische Stärke der Neutralität“ die gleiche Funktion. Diese habe allerdings die Schweiz nie daran gehindert, in entscheidenden Fällen gegen aussen klar zu demonstrieren.

ren, auf welcher Seite sie stünde.

Die beiden Referate von *Hansjörg Braunschweig*, SP-Nationalrat, und *Ursula Brunner*, Mitglied der Symposiumsvorbereitungsgruppe, vom Vorabend erschienen im Nachhinein als eigentliche Ergänzungen zu Josts Beitrag.

Braunschweig trug *Randbemerkungen* zur Rolle der Schweiz im internationalen Kontext und zur Skrupellosigkeit der Macht vor. Im Zusammenhang mit der Iran-Contra-Affäre und der offiziellen Südafrikapolitik konstatierte er eine eindeutige Praxisänderung in unserer Aussen- oder besser Aussenwirtschaftspolitik. Das aussenpolitische Departement werde bewusst zugunsten der Aussenwirtschaft schwach gehalten und weiter geschwächt. Neutralitätspolitik verführe so zu Passivität, welche jedes Risiko scheue. Die Ideologie vom „Sonderfall Schweiz“ habe in diesem Zusammenhang auch zum UNO-Nein geführt. Selbstgerechtigkeit und Feindbilder dominierten die Aussenpolitik. Der zeitweilige Ausschluss Südafrikas aus *unserem* Roten Kreuz habe mehr Zorn ausgelöst, als dies je die Apartheid vermochte! Schliesslich rief *Braunschweig* zum aktiven Engagement für die „Utopie Menschlichkeit“ auf, die allein unser Leben lebenswert mache.

Ursula Brunner ihrerseits appellierte engagiert für ein neues Verständnis von *Realpolitik*. Wenn *Realpolitik* heisse, sich den selbstgeschaffenen Sachzwängen zu beugen, die Dinge durchzubringen, die der Macht dienen und nicht den Menschen, wenn *Realpolitik* heisse, Emotionen zu verdrängen, obwohl doch jede politische Entscheidung von Emotionen geprägt sei, wenn *Realpolitik* heisse, auf Kosten anderer Menschen, der Natur und der Luft unseren Wohlstand zu erhalten, wenn *Realpolitik* Sicherheitspolitik und nationale Sicherheit heisse, dann, so meinte sie, habe uns die *Realpolitik* an die Grenzen der Realität gebracht, an jene Grenze, wo wir spür-

ten, dass wir am Abgrund stünden und so nicht weitermachen könnten. Auch wenn mögliche Alternativen nicht frei von Risiken seien.

Entsprechend rief die *Schlussklärung* der Arbeitsgruppe Dialog Schweiz-Dritte Welt auf zu einer *neuen Allianz mit den Armen und Unterdrückten dieser Welt*, was unter anderem die Herauslösung der Schweiz aus dem hegemonialen Dispositiv der USA und damit eine eigenständige Aussenpolitik mit sich bringen müsste, aber auch die Erhöhung der bilateralen Entwicklungshilfe, die Streichung der Drittweltschulden, die gesetzliche Bekämpfung der Fluchtgelder aus der Dritten Welt, von denen über 100 Mrd. auf Schweizer Banken liegen, das Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete, Sanktionen gegen das südafrikanische Apartheidregime usw. Das Ziel ist eine *andere, offene, demokratische und solidarische Schweiz*.

Aus der Schlussveranstaltung seien nur hervorgehoben der Aufruf von *Juliet Sison* (Philippinen) zur Solidarität mit der philippinischen Befreiungsbewegung, die solidarischen Worte von *Charles Chenaux*, Landwirt aus dem Kanton Fribourg, der über seine Erfahrungen mit einer Bauerndelegation in Nicaragua berichtete, die Nachricht von Max Frischs Literaturpreis, der Nicaragua zugutekommen wird und ein Bericht aus dem Frauenatelier, der darauf hinwies, dass die Entschuldungsprojekte keine Rücksicht auf die Bedürfnisse und Rolle der Frauen in der Dritten Welt nehmen.

Das im übrigen von vielen freiwilligen Helfern gerade aus Fribourg ausgezeichnete organisierte Symposium fand einen gelungenen Abschluss mit der Theatergruppe *Guanaco* aus El Salvador. Da es vieles weiterzudiskutieren gegeben hätte, ist zu hoffen, dass eine nächste Veranstaltung in diesem Rahmen nicht mehr so lange Jahre auf sich warten lässt.

René Holenstein
Urs Hänsenberger